

An der TU hat man

sich früh gewehrt

Die Stadt als Labor

Wer was wo warum erforscht, ist auch eine politische Frage: Nirgendwo in Deutschland wird das klarer als in Dresden. Über einen Wissenschaftsstandort, der im dritten Pegida-Jahr nach Normalität sucht. Und nach akademischer Exzellenz.

von Franz Himpsl

er Hauptcampus der Technischen Universität (TU) Dresden ist eine kleine Stadt in der Stadt. Manche seiner Gebäude, etwa der Beyer-Bau mit seiner roten Klinkerfassade, stammen vom Beginn des 20. Jahrhunderts; viele hat man in den Fünfzigern, nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, errichtet. Wer über den Campus läuft, sieht schlendernde Studenten und Forscher, offenkundig aus der ganzen Welt. Der Kaffee im Einwegbecher in der Cafeteria ist ein paar Cent teurer als die Mehrwegversion, der Umwelt zuliebe.

Ein beschaulicher akademischer Mikrokosmos. Schwer vorstellbar, dass keine fünf Kilometer nördlich, in der Altstadt, regelmäßig der Untergang des Abendlandes proklamiert wird.

Immer montags demonstriert in Dresden die Pegida-Bewegung. Immer noch – seit zweieinhalb Jahren. Der Zulauf ist geringer

geworden, aber das öffentliche Bild Dresdens ist nach wie vor geprägt von Rechtspopulismus und -extremismus. Hier fand das alte Schlagwort von der "Lügenpresse" wieder Verbreitung; hier bezeichnete der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke in einer Rede das Holocaust-Mahnmal als "Denkmal der Schande". Immer wieder war die Stadt in den Medien als Beispiel für eine lautstarke Rechte.

Das fremdenfeindliche Klima belastet einen Wissenschaftsstandort, der immerhin die erste Exzellenzuni in Ostdeutschland beherbergt und weiterhin vorne mitmischen will. Wenngleich bei den Auslandsstudierenden die Anfängerzahlen sogar zunahmen, ist die Dres-

dener TU für Studenten aus den alten Bundesländern deutlich unattraktiver geworden: An der TU gab es im Wintersemester 2016/17 595 Studenten in ihrem ersten Hochschulsemester, im Jahr davor waren es noch 909 gewesen. Die Berichte über ausländische Gastwissenschaftler, die Dresden meiden, mehrten sich im letzten Jahr, was bei der Unileitung und großen Teilen der Politik für Besorgnis sorgte.

So gab es im Vorfeld der Frühjahrstagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) Ende März sogar Überlegungen, die Tagung mit den internationalen Gästen an einem anderen Ort stattfinden zu lassen, berichtet Prof. Dr. Ludwig Schultz, Geschäftsstellenleiter und wissenschaftlicher Koordinator des Wissenschaftsnetzwerks Dresden-Concept. Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) habe zwar die Befürchtungen ausräumen können, aber dennoch eine Notfallnummer für Teilnehmer ausgegeben, die sich bedroht fühlen. Schultz warnt davor, die Stadt zu dämonisieren: "Ich habe den Eindruck, dass die Befürchtungen vor Pegida proportional zur Entfernung von Dresden zunehmen."

Die ersten Reaktionen

Der akademische Mikrokosmos antwortete zunächst mit politischen Aktionen auf die Fremdenfeindlichkeit. Schon im Dezember 2014 distanzierte sich Rektor Prof. Dr. Hans Müller-Steinhagen im Namen der Uni von der Pegida-Bewegung (duz MAGAZIN 03/2015, S. 16–17). Universitätsangehörige demonstrierten für mehr Toleranz. Ein ehrenamtliches Studentenprojekt, das von September 2015 bis April 2016 Sprachkurse für Flüchtlinge anbot, wird demnächst mit einem Preis

des Bundeswiss ausgezeichnet. haben sich herv fessor Dr. Gerh "Dresden – Plac gerfeste im Zeic siert. Eine Rings wie Integration Deutschland at treffen sich Ex und Zweitsprachden.



Ein Institut als

Eine Hochschu als sich an poli teiligen. Tatsäc einem "Pegidadie die Bewegi tion, Flucht, I: Der CDU-Kand ster-Wahl 2015 Forderung nac kampf. Im Mär TU Dresden ta das thematisch ge passt: das Z (ZfI). Angelegi re; die bisheri 300 000 Euro zeptes im Rahı rund 250 000 E rium des Land

Im Herbst 2 gangen, in eir nischen Unive vom Hauptcar Sara Hägi-Mea zusammen mit des Bundeswissenschaftsministeriums (BMBF) ausgezeichnet. Auch Einzelpersonen der TU haben sich hervorgetan, etwa der Medizinprofessor Dr. Gerhard Ehninger, der den Verein "Dresden – Place to be" mitgründete und Bürgerfeste im Zeichen der Weltoffenheit organisiert. Eine Ringvorlesung setzt sich mit Themen wie Integration, Pluralismus und dem Islam in Deutschland auseinander, und im September treffen sich Experten für Deutsch als Fremdund Zweitsprache zu einer Fachtagung in Dresden.

solle fakultätsübergreifend und interdisziplinär arbeiten und die verschiedenen Forschungen an der TU Dresden zu Integrationsfragen "bündeln und sichtbarer machen", sagt Hägi-Mead: "Gerade in Dresden ist dieses Thema hochbrisant."

Ein Projekt des ZfI etwa erforscht das gerade neu entstehende Berufsfeld der Sprach- und Integrationsmittler – die nicht nur linguistisches, sondern stärker interkulturelles Verständnis für ihr Gegenüber brauchen. Ein weiteres Projekt untersucht, wie Integration in Unterrichtsmaterialien verstanden und dargestellt wird,



Ein Institut als Antwort auf Pegida

Eine Hochschule kann mehr für eine Stadt tun, als sich an politischen Demonstrationen zu beteiligen. Tatsächlich wurden schnell Rufe nach einem "Pegida-Institut" laut, einer Einrichtung, die die Bewegung und ihre Themen - Migration, Flucht, Integration - erforschen sollte. Der CDU-Kandidat der Dresdner Bürgermeister-Wahl 2015, Markus Ulbig, machte mit der Forderung nach einem solchen Institut Wahlkampf. Im März 2016 wurde bekannt, dass die TU Dresden tatsächlich ein Institut einrichtet, das thematisch wie die Faust aufs Pegida-Auge passt: das Zentrum für Integrationsstudien (Zfl). Angelegt ist es zunächst auf fünf Jahre; die bisherige Förderung beläuft sich auf 300000 Euro aus Mitteln des Zukunftskonzeptes im Rahmen der Exzellenzinitiative und rund 250 000 Euro vom Wissenschaftsministerium des Landes Sachsen.

Im Herbst 2016 ist das ZfI an den Start gegangen, in einem Seminargebäude der Technischen Universität, rund zehn Gehminuten vom Hauptcampus entfernt. Hier arbeitet Dr. Sara Hägi-Mead als Forschungsleiterin des ZfI zusammen mit vier Kolleginnen. Das Zentrum

aber auch in Willkommensmaterialien, die vom Bund oder den Ländern Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden: Was ist in diesem Bereich Best Practice? Wo gibt es unterschwellige Stereotypen? Eine internationale Summer School setzt sich mit dem Arbeitsmarktzugang von geflüchteten Erwachsenen auseinander. Involviert: die Erwachsenenbildung, die Wirtschaftswissenschaften und die Makrosoziologie der TU Dresden.

"Ich finde es sehr spannend und wichtig, mich gerade in Dresden mit dem Thema Integration zu beschäftigen", sagt Hägi-Mead. Während sie, die einen Schweizer und einen deutschen Pass hat, noch nicht in Ostdeutschland gelebt hat, ist ihre Kollegin, die wissenschaftliche Koordinatorin des ZfI Dr. Karoline Oehme-Jüngling, in Dresden aufgewachsen. Als Bürgerin hat sie sich intensiv mit Fremdenfeindlichkeit auseinandergesetzt. "Für mich war Rassismus, der ja seit den Neunzigern immer latent vorhanden war, auch eine Alltagserfahrung: Man wusste, in welchen Gegenden Rechtsradikale verkehren, wo man aufpassen musste. Das wurde anscheinend kaum aufgearbeitet", sagt Oehme-Jüngling. Nach der Wende

Pegida-Anhänger im Oktober 2016 in Dresden: Solche Bilder machen dem Wissenschaftsstandort zu schaffen.



Akademische Beschaulichkeit an einem konfliktträchtigen Ort: die Technische Universität Dresden

hätten zudem viele Einheimische das Gefühl gehabt, dass die örtliche Politik, Verwaltung und das Kulturleben von aus dem Westen zugewanderten Akteuren geprägt werden. Da sei das Gefühl entstanden, nicht gehört zu werden. So konnten sich Fronten bilden.

Auch wenn ihr Forschungsgebiet politische

Implikationen hat und anwendbare Erkenntnisse produzieren soll, sehen sich die ZfI-Mitarbeiterinnen dezidiert als wissenschaftliche Akteurinnen, das betonen sowohl Hägi-Mead als auch Oehme-

Mit Institutsgründungen wird Politik gemacht Jüngling. "Die Mo-

tivation, das ZfI zu gründen, war eine rein innerwissenschaftliche. Forschende haben sich zusammengetan und zu gemeinsamer interdisziplinärer Forschung verpflichtet, und daraus ist das Zentrum entstanden", sagt Hägi-Mead.

Besondere Brisanz

Fast hat man den Eindruck, aus der Pegida-Stadt werde zunehmend eine Stadt der Forschungsexpertise zu Pegida-Themen. Gerade erst hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft bekanntgegeben, den Sonderforschungsbereich "Invektivität – Konstellationen und Dynamiken der Herabsetzung" an der Dresdner TU zu fördern, der sich mit Schmähungen und Beleidigungen beschäftigen soll. TU-Rektor Steinhagen zeigte sich davon begeistert; der Forschungsbereich sei ein "Highlight", auch weil das Thema gerade in Dresden von besonderer Brisanz sei.

Und dann ist da die Forschung von Prof. Dr. Werner J. Patzelt. Der an der TU tätige Politikwissenschaftler setzte sich als einer der Ersten empirisch mit der Pegida-Bewegung auseinander. Patzelt musste viel Kritik einstecken, Kollegen und Studierende warfen ihm eine zu große Nähe zur und zu viel Verständnis für die Pegida-Bewegung vor. Er ist eine Reizfigur. Ende März wurde bekannt, dass sein Auto angezündet und zerstört worden war; die Ermittler, war zu lesen, schlössen eine politisch motivierte Tat nicht aus.

Ein Thinktank aus Bundesmitteln

Patzelt gilt auch als einer der geistigen Väter einer neuen Forschungseinrichtung: Im November 2016 hat die Regierungskoalition im Bund ein "Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt" in den Haushalt aufgenommen. Auf 37 Millionen Euro belaufen sich die vorgesehenen Mittel, verteilt auf fünf Jahre. Es gab Kritik im Vorfeld, weil die Verankerung im Haushalt intransparent abgelaufen sei und zunächst kein fundiertes wissenschaftliches Konzept existiert habe. In den Medien wurde spekuliert, im Hintergrund stehe der politische Wille, eine Art konservativen Thinktank zu schaffen. Werner J. Patzelt sagte auf Anfrage der duz, er wolle sich zu seiner Rolle bei der Institutsgründung nicht äußern, solange es im Wissenschaftsministerium noch keine endgültigen Entscheidungen gebe.

Diese aber lassen auf sich warten. Das Institut wird wohl nach Sachsen kommen, Details sind noch nicht bekannt, nur, dass das BMBF derzeit ein Konzept ausarbeitet. Im April fand unter Ministeriums-Leitung ein Fachgespräch mit internationalen Experten statt. Einer Sprecherin des Ministeriums zufolge zeigte das Gespräch, "dass eine thematische Beschränkung nur auf die Aspekte Integration und Migration dem Forschungsgegenstand nicht ausreichend gerecht wird und der Begriff, gesellschaftlicher Zusammenhalt' einer wissenschaftlichen Klärung bedarf".

Was bedeutet das? Die Themen, die das Institut verhandelt, dürften jenen ähneln, die am ZfI oder an weiteren vergleichbaren Einrichtungen, wie es sie an mehreren Orten in Sachsen gibt, untersucht werden. Der Fokus aber, so lässt schon die Wortwahl vermuten, ist ein anderer. Nicht vom Einzelnen zum Allgemeinen gedacht: Wie finden unterschiedliche Individuen in ihrer Vielfalt in einer Gesellschaft ihr Glück? Sondern eher vom großen Ganzen zum Einzelr sellschaft zu

Wann ist W

Ein "Gegeni: Pegida-Insti gründet wer schaulichen helfen? Ode öffentliche N sellschaftlich

Einer, dei schaft gerad rung komme Dr. Steffen K nungslage, d zeigt sich hie er. Kailitz fo (HAIT), einer gigen An-In des HAIT eri ist es aufgru dem Novemb riker und Soz schaftlichen ! und des SED großen Städt Welt, der ger



- duz Deut
- **Neues Har**
- Internalisa



zum Einzelnen: Welche Klammer hält die Gesellschaft zusammen?

Wann ist Wissenschaft zu engagiert?

Ein "Gegeninstitut" zum Zfl? Ein "alternatives Pegida-Institut"? Ist es gut, wenn Institute gegründet werden, um politischen und weltanschaulichen Vorstellungen zur Geltung zu verhelfen? Oder ist das sogar unvermeidbar, weil öffentliche Mittel letztlich immer Ausdruck gesellschaftlicher Überzeugungen sind?

Einer, der weiß, dass Politik und Wissenschaft gerade in Dresden gerne mal in Berührung kommen, ist der Totalitarismusforscher PD Dr. Steffen Kailitz. "Die gesellschaftliche Spannungslage, die Risse in der Gesellschaft, all das zeigt sich hier wie in einem Laboratorium", sagt er. Kailitz forscht am Hannah-Arendt-Institut (HAIT), einem von der Dresdner TU unabhängigen An-Institut. Die Gründungsgeschichte des HAIT erinnert an jene des Zfl. Entstanden ist es aufgrund eines Landtagsbeschlusses aus dem November 1991. In Dresden sollten Historiker und Soziologen die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Nationalsozialismus und des SED-Regimes analysieren. In einer der großen Städte Ostdeutschlands, einem Teil der Welt, der gerade zwei Diktaturen nacheinander

durchlebt hatte. Man wollte ein politisches Zeichen setzen.

Kailitz hat in der Vergangenheit immer wieder gefordert, seine Disziplin, die Sozialwissenschaften, solle sich in gesellschaftlichen Debatten zu Wort melden. "Es geht darum, mit sachlichen Argumenten und empirischen Erkenntnissen Debatten zu fundieren und zu erden - damit nicht ins Blaue geredet wird", sagt er. Doch mit der Gründung wissenschaftlicher Einrichtungen Politik zu machen, verursacht auch ihm Bauchschmerzen: "Man muss jeden Fall für sich genommen betrachten; aber dass Institute aus der politischen Landschaft heraus gegründet werden, halte ich erst einmal für problematisch."

Andererseits: Lässt sich überhaupt vermeiden, dass Politik und Wissenschaft aufeinandertreffen, wenn wir uns wünschen, dass Letztere relevant für das Leben der Bürger sein soll? Gerade die Sozialwissenschaften, so scheint es, geraten immer wieder in den Spagat zwischen Engagement und Distanz. Wer wissen will, wie schwierig das werden kann, der sollte dem politisch überhitzten Dresden einen Besuch abstatten.

Dr. Franz Himpsl ist duz-Volontär.



ENTDECKEN SIE UNSEREN WEBSHOP

shop.duz-medienhaus.de

- duz Deutsche Universitätszeitung
- Neues Handbuch Hochschullehre
- Internalisation of Higher Education
- Demenzpflege im Blick
- Praxishandbuch PDL
- Schulungsmaterialien für die Pflege

- Handbuch Kulturmanagement
- Programm- & Projektmanagement im Kulturbetrieb





